

**FDP-Wahlprogramm**  
**zur Gemeinderatswahl**  
**am 7. Juni 2009**

**– Die liberale Perspektive für die Zukunft von Karlsruhe –**

Vorwort

Kapitel 1      Finanzen und Wirtschaft

Kapitel 2      Planen, Bauen und Verkehr

Kapitel 3      Umwelt

Kapitel 4      Kultur

Kapitel 5      Sport

Kapitel 6      Liberale Gesellschaft

## Vorwort

### Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

die Karlsruher Liberalen legen Ihnen hier ihr Programm zur Kommunalwahl am 7. Juni 2009 vor. Es stellt die Grundlage unseres politischen Wollens und Handels für Karlsruhe während der nächsten fünf Jahre dar. Natürlich kann es für diesen Zeitraum nicht vollständig sein; zurzeit noch nicht vorhersehbare Ereignisse und Konstellationen werden neue Antworten erfordern. Wir wollen Ihnen aber hier einen Leitfadens darstellen, an dem wir unser politisches Handeln und unsere Entscheidungen im Gemeinderat orientieren werden.

Wir sehen den großen Vorzug, dass wir in Karlsruhe in einem besonders dynamischen Ballungsraum leben, der sich während der letzten Jahrzehnte rasant entwickelt hat. In früherer Zeit war das nicht immer so; Karlsruhe hat auch Zeiten wirtschaftlicher Randlage und Stagnation erlebt. Die Dynamik unserer Stadt erfüllt uns mit Zuversicht, dass wir die vor uns liegenden Aufgaben meistern werden und dem Wohl unserer Stadt dienen können.

In der Europäischen Union entwickelt sich der Verflechtungsraum Oberrhein auf dem Weg zu einer künftigen trinationalen Europäischen Metropolregion Oberrhein besonders schnell. Die Region zeichnet sich durch große Wirtschaftskraft mit hoher technologischer Innovation, überdurchschnittlichen Lebensstandard der Bevölkerung, ausgeprägte Lebensqualität und spezifische kulturelle Vielfalt aus. Karlsruhe als Teil dieses Entwicklungsraumes ist das Zentrum der gleichnamigen TechnologieRegion und eines kommunalen deutsch-französischen Zweckverbandes, des Eurodistricts „Regio PAMINA“. Diese positiven Standortfaktoren müssen aufrechterhalten und weiter gestärkt werden.

Grundsätzliche Fragen zur Entwicklung von Stadt und Region sollten kontinuierlich diskutiert und dann auch zügig beantwortet werden. Dafür sehen wir Handlungsbedarf und rufen dazu auf, mittels eines „Karlsruher Gipfels“ ein kleines, hochrangig besetztes Diskussionsforum zu installieren. Darin sollten sich Repräsentanten von Stadt, Wirtschaft und Handwerk, Wissenschaft und Forschung, Kultur und Arbeitswelt zu Strategiegesprächen zusammenfinden. Mit dieser neuen Gesprächskultur und den gebündelten Kompetenzen lässt sich eine „Exzellenzinitiative Karlsruhe“ gründen.

Die gegenwärtige weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise wird auch an unserer Stadt und Region nicht spurlos vorbeigehen. Wir gehen aber davon aus, dass wir diese Krise besser als viele andere überstehen werden. Dennoch wird unser städtischer Haushalt weiter eine schwierige Finanzlage widerspiegeln. Das bedeutet, dass manche Vorhaben, die denkbar, wünschbar und prinzipiell machbar sind, auch in der nächsten Wahlperiode nicht umsetzbar sein werden.

Unser Wahlprogramm beginnt bewusst mit Finanzen und Wirtschaft. Wir setzen auf eine maßvolle Finanzpolitik mit sparsamer Haushaltsführung. Die Stadt kann nur Geld ausgeben, das erwirtschaftet und über Steuern eingenommen oder im Finanzausgleich zugewiesen wurde. Durch geeignete Fördermaßnahmen für unsere Wirtschaft können die Einnahmen aber gesteigert werden. Wir setzen deshalb einen Schwerpunkt auf die Wirtschaftsförderung.

Kernbereiche für die Prosperität und Entwicklung unserer Stadt sind Planen, Bauen und Verkehr. Hier müssen die richtigen Entscheidungen für die Zukunft getroffen und mit unseren unmittelbaren Nachbarn abgestimmt werden. Eng verbunden damit sind die Bereiche Umwelt, Kultur und Sport, die zentral für die Lebensqualität unserer Stadt sind. Abschließend zeigen wir Ihnen unsere Vorstellungen von einer „Liberalen Gesellschaft“ in Karlsruhe auf, die alle Bevölkerungs- und Altersschichten einschließt. Besonders wichtige Anliegen sind dabei die Bildungs- und Erziehungsmaßnahmen für Kinder und Jugendliche.

Wir stellen uns unserer Verantwortung, möchten Sie aber zugleich auffordern, auch sich selbst aktiv in die Gestaltung unserer Stadtpolitik einzubringen.

Rita Fromm  
FDP-Fraktionsvorsitzende  
im Gemeinderat Karlsruhe

Heinz Golombeck  
FDP-Kreisvorsitzender  
Karlsruhe-Stadt

## Finanzen und Wirtschaft

Die **Finanzlage** der Stadt wird künftig angespannter werden, auch wenn Karlsruhe derzeit noch nicht zu den hochverschuldeten Städten in Deutschland zählt. Dies ergibt sich aus der wirtschaftlichen Gesamtlage.

Hoheitliche Aufgaben, die von Bund und Land auf die Kommunen übertragen wurden und der Daseinsvorsorge dienen, müssen selbstverständlich im kommunalen Vollzug bleiben. Alle anderen Aufgaben sind daraufhin zu überprüfen, ob sie auf Wirtschaftsunternehmen übertragen werden können. Hierbei sind die Erfüllungsstandards vertraglich zu regeln; ihre Einhaltung ist zu überprüfen.

Ziele der FDP sind:

- Alle Ausgaben müssen auf den Prüfstand und gezielt bewilligt oder gestrichen werden. So genannte pauschale Minderausgaben sind zu vermeiden.
- Die Neuverschuldung ist zu begrenzen auf Ausgaben für langfristige Investitionen und die Erneuerung bestehender Vermögenswerte (insbesondere Instandhaltung von Gebäuden und Straßen) sowie auf Ausgaben zur Förderung und Bildung von Kindern und Jugendlichen als wichtige Investitionen in die Zukunft.
- Die Effizienz der Verwaltung ist zu erhöhen; Verwaltungsabläufe müssen vereinfacht und damit kostengünstiger werden.
- Für Aufgaben, die auch im Interesse des Landkreises, der Umlandgemeinden und deren Bewohner liegen, müssen diese und evtl. weitere Nutznießer einen angemessenen finanziellen Beitrag leisten.
- Auftragsvergaben müssen unter klar definierten Leistungsstandards erfolgen. Versorgungsnetze sind in öffentlicher Trägerschaft zu belassen.
- Etwaige Kapitalüberschüsse sind gesichert anzulegen; die Bevölkerung ist hierüber zu informieren.

Die Finanzkraft Karlsruhes hängt wesentlich von der Wirtschaftskraft der Stadt ab. Die Karlsruher FDP bekennt sich dabei zur **sozialen Marktwirtschaft**. Sie betont die hohe Verantwortung der Handelnden und die Notwendigkeit effektiver Kontrollmechanismen. Eine kurzfristige Beratung von Gesellschaften und Personen, die durch die aktuelle Wirtschaftssituation in finanzielle Schwierigkeiten geratenen sind, ist sicherzustellen.

Die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise bedroht die wirtschaftliche Entwicklung und den Wohlstand vieler Menschen. Aus liberaler Sicht handelt es sich vor allem um eine Vertrauens- und Denkkrise, die zu einem Wegbrechen der Nachfrage geführt hat. Arbeitsplätze in Karlsruhe und der Region lassen sich erhalten und ausbauen, wenn Güter und Dienstleistungen wieder verstärkt nachgefragt werden.

Die FDP setzt sich dafür ein, dass die steuerfinanzierten sozialen Hilfen des Staates in einem Bürgergeld zusammengeführt werden. Es würde vielen Bürgerinnen und Bürgern Karlsruhes eine verbesserte finanzielle Basis bieten und die nachfragelähmende Angst verringern. In Verbindung mit der Einkommensteuer kann daraus ein Steuer-Transfer-System aus einem Guss werden.

Der **Wirtschaftsförderung** kommt besondere Bedeutung zu. Daher müssen die für Ansiedlung neuer Unternehmen zuständigen städtischen Verwaltungseinheiten mit sachkundigem Personal in erforderlichem Umfang ausgebaut sein und von Interessenten leicht wahrgenommen werden können.

Ziele der FDP sind:

- Da Karlsruhe nahezu keine Gewerbeflächen mehr neu ausweisen kann, ist darauf zu achten, dass die bestehenden Flächen zweckgerichtet verwendet werden. Im Wege der Kooperation mit Umlandgemeinden sind Ansiedlungen auf „gemeinsamen“ Gewerbegebieten unter Teilung der Lasten und Erträge zu fördern. Auch sonst sind Gemeinschaftsprojekte in der Region – einschließlich der Pfalz und des Elsass – zu errichten und auszubauen.

- In Zusammenarbeit mit der IHK, der Handwerkskammer sowie anderen geeigneten Einrichtungen (z. B. Cyberforum) sind – für die Interessenten wahrnehmbar – Informationszentren für Existenzgründer und Datenbanken für mögliche Betriebsnachfolgen einzurichten. Unter Einschaltung örtlicher Makler ist eine Datei mit freien Gewerbeflächen zu führen. Außerdem ist ein „One-Stop-Shop“ einzurichten, der Unternehmensgründern oder Neuansiedlern als kompetenter Ansprechpartner für alle Fragen der Ansiedlung und damit verbundener Verwaltungsvorgänge dient. Alle administrativen Prozesse sind zu beschleunigen.
- Junge Unternehmen müssen gefördert werden, z. B. durch einen Beratungsgutschein ähnlich dem von der FDP auf Landesebene durchgesetzten Innovationsgutschein.
- Um den **Forschungsstandort Karlsruhe** weiter auszubauen, ist die Kooperation mit den örtlichen Forschungseinrichtungen zu verstärken sowie kleinen und mittleren Unternehmen der Zugang zu aktuellen Forschungsergebnissen zu erleichtern. Die Vernetzung hierzu ist z. B. durch Einrichtung eines Verbindungsbüros zwischen der Stadt, dem „Karlsruhe Institute of Technology“ (KIT) und den anderen Hochschulen voranzubringen.
- Zukunftsträchtige Wirtschaftszweige, z. B. solche, die sich auf Umwelttechnologien, Geothermie, Nanotechnologie und Biomedizin beziehen, bedürfen der besonderen Aufmerksamkeit der Stadt. In diesen Bereichen tätige oder ansiedlungsbereite Unternehmen, die oft auch von Bund und Land gezielt gefördert werden, sind seitens der Stadt in ihren Entwicklungsmöglichkeiten zu unterstützen.
- Die Infrastruktur ist auszubauen. Hierzu gehören eine zweite Rheinbrücke (nördlich von Karlsruhe) mit einer die Anwohner schonenden Anbindung, ein noch leistungsfähigeres öffentliches Personennahverkehrssystem, das den geänderten Anforderungen aus neuen Arbeits- und Lebensformen und aus höheren Energiekosten gerecht wird, sowie die Ost-West-Bahntrasse „Magistrale für Europa“. Im Hinblick auf die verstärkte Belastung der Straßen und den zunehmenden Güterverkehr kommt der Sicherung des Rheinhafens besondere Bedeutung zu.
- Der Baden-Airport ist auszubauen und mit dem ÖPNV sowie der Bundesautobahn A5 besser als zurzeit an die Stadt anzubinden. Karlsruhe muss sich hierfür mit größtem Nachdruck einsetzen.
- Maßnahmen zur Belebung der Kaiserstraße, insbesondere für die Zeit der Bauarbeiten an der „Kombi-Lösung“, sind umzusetzen. Hierzu gehört das Abhalten von Themenmärkten an attraktiven Innenstadtlagen (z. B. beim Weihnachtsmarkt).
- Den Stadtteilen und Unterzentren kommt, gerade bei steigenden Rohstoffpreisen und alternder Bevölkerung, erhebliche Bedeutung in der Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs zu. Jede Initiative hierzu ist zu fördern. Baurechtliche Hilfestellungen sind zu leisten. Die „Brötchentaste“ (30 Minuten kostenfreies Parken) ist flächendeckend einzuführen.
- Die Wettbewerbsfähigkeit in der Zukunft hängt maßgeblich von der Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte ab. Neben berufsorientierten Freizeitangeboten für Jugendliche ist eine engere Zusammenarbeit der Stadt mit den hiesigen Schulen und Hochschulen unabdingbar.
- Ausreichender Wohnungsbau ist zu fördern. Die Volkswohnung sollte ihr Augenmerk noch stärker als bisher darauf richten, preisgünstigen Wohnraum für sozial Schwache zu schaffen.
- Die touristische Attraktivität und das Kongresspotenzial Karlsruhes sind zu heben. Dabei kann die bedeutende Architektur (z. B. Klassizismus, Jugendstil, Bauhaus wie Dammerstock, Gartensiedlungen) werbewirksam eingesetzt werden. Für die Publikumsmagnete der Stadt (z. B. ZKM, Staatstheater, Staatliche Kunsthalle, Kunst- und Musikhochschule, Landes- und Naturkundemuseum, Zoo) soll ein Gesamtkonzept durch Zusammenarbeit der einzelnen Institutionen erarbeitet werden. Andere Attraktionen sind auszubauen oder zu schaffen (Rheinauenlandschaft, Wissenschaftspark). Die beste Werbung sind Karlsruher, die auf unsere Stadt stolz sind und dies auch öffentlich bekennen.

## Planen, Bauen und Verkehr

### Stadtplanung und Flächennutzung

Diese Aufgaben müssen anspruchsvoll und schonend, verantwortungsvoll und nachhaltig durchgeführt werden.

Mit der Bauleitplanung hat die Stadt Karlsruhe ein Steuerungsinstrument für die Siedlungsentwicklung in der Hand. In die Entscheidungen ist die Bevölkerung viel stärker als bisher einzubinden, um die Akzeptanz für Flächennutzungen und städtebauliche Maßnahmen zu erhöhen. Hierüber soll in Karlsruhe eine lebhafte öffentliche Diskussionskultur entstehen. Die Gleichstellungsperspektive ist in den städtebaulichen Planungen eine Voraussetzung, um gleichwertige Lebensbedingungen für Frauen und Männer (Gender Mainstreaming) in der Stadt zu schaffen.

Die natürlichen Ressourcen und das kostbare Gut „Fläche“ müssen künftig schonender, sparsamer und kreativer genutzt werden, damit der nachfolgenden Generation Gestaltungsräume übrig bleiben.

Um den Mangel an Gewerbeflächen auszugleichen, ist zwischen dem Oberzentrum Karlsruhe und den Umlandgemeinden eine verbesserte Zusammenarbeit dringend erforderlich.

Bevor neue Baugebiete ausgewiesen werden, sollen Flächenumwidmungen intensiver vorangetrieben werden, damit wertvolle, aber brachliegende Flächen schneller für neue Nutzungen reaktiviert werden können. Die Kammlhuber- und die Mackensen-Kasernen sind dafür Beispiele.

Eine intensivere bauliche Nutzung ist durch eine Erhöhung der Geschossflächenzahl und durch den Bau von Hochhäusern zu erreichen. Dabei ist darauf zu achten, dass die Sichtachsen mit Blick zur Karlsruher Mitte und auf historische Anlagen nicht beeinträchtigt werden. Um Verschattungen zu vermeiden, muss ausreichender Abstand zur Wohnbebauung berücksichtigt werden. Ein Hochhauskonzept ist zu erstellen.

Die öffentlichen Grünflächen – Wald, Natur- und Landschaftschutzgebiete, Streuobstwiesen, Parks und gärtnerische Anlagen – sind für die Gesundheit der Menschen und die Lebensbedingungen der Tierwelt zu schützen. Sie sind auch für den Klimaausgleich dringend notwendig.

Karlsruhes Einzigartigkeit als Fächerstadt soll durch eine anspruchsvolle Architektur, Baukultur und Gestaltung der öffentlichen Räume erhalten bleiben.

Der Denkmalschutz und die Stadtbildpflege sind kein Luxus, sondern Vermächtnis und Verantwortung für das Vergangene und die Stadtgeschichte.

Friedrich Weinbrenners Visionen der geplanten Stadt sind für ein urbanes Leben weiter zu entwickeln.

#### Ziele der FDP für die einzelnen Stadtbereiche sind:

**Die Innenstadt**, das Herz Karlsruhes, ist mit neuem Leben zu füllen, damit sie Impulsgeberin für ein urbanes Leben wird. Die Fächerstraßen, die stadttypischen Höfe und die Plätze sind so zu vernetzen, dass ein neues Umfeld für Arbeiten, Wohnen, Aufenthalt, Einkaufen und Entdecken entstehen kann.

- Nicht nur im Zuge der Kombilösung (U-Strab und Umbau der Kriegsstraße) muss der Aufenthaltscharakter in der Kernstadt dringend durch bauliche Veränderungen und Stadtmöblierung verbessert werden.
- Die Innenstadtzugänge Durlacher Tor, Ettlinger Tor, Karlstor und Mühlburger Tor sollen ihrer historischen Bedeutung gerechter sowie durch das Setzen gestalterischer Akzente durch und multifunktionale Nutzungen aufgewertet werden.
- Die östliche Kaiserstraße – zwischen Durlacher Tor und Marktplatz – ist durch gestalterische Maßnahmen aufzuwerten.

- Die demografischen Veränderungen erfordern auch eine Neuorientierung in der Entwicklung der Innenstadt, um eine vielseitigere und barrierefreiere Nutzung durch alle Bevölkerungsgruppen zu ermöglichen.

**Die Stadtteile** sind suburbane Spiegelbilder der Kernstadt. Darüber hinaus prägen sie mit ihren ortstypischen und historischen Eigenheiten die Vielfalt der Karlsruher Stadtstruktur und tragen zur Lebensvielfalt in Karlsruhe bei.

- Die historische und städtebaulich gewachsene Eigenart und Gestalt von Stadtteilen ist durch „Erhaltungssatzungen“ – Ensembleschutz – stärker zu sichern. Bauliche Veränderungen im Gebiet müssen sich ins Ensemble einfügen.
- Die Lebensfähigkeit der Stadtteile ist zu stärken. Die sozialen, schulischen und verkehrlichen Infrastrukturmaßnahmen sowie die Nahversorgung sind zu sichern und zusätzlich mit Freizeit- und Erholungseinrichtungen zu erweitern.
- Flächen für Märkte müssen ausgewiesen und „Rollende Einkaufsläden“ ermöglicht werden, um auch mobilitätseingeschränkten Einwohnern Einkaufsmöglichkeiten und Lebensqualität zu ermöglichen.

**Die Stadtquartiere** sind unter den neu gewachsenen Bedürfnissen nach lebenslangen spezifischen Wohnformen für ein nachbarschaftliches Miteinander bedeutsamer denn je geworden.

- Diese Quartiere sollen wieder zu „Städten der kurzen Wege“ werden. Dafür müssen dezentrale Infrastrukturen überprüft und gegebenenfalls neu entwickelt werden.
- Durch die Eröffnung breiter Beteiligungsmöglichkeiten für die Bürger sollen die unterschiedlichen Bedürfnisse der Bevölkerungsgruppen wahrnehmbar werden, damit sie in die dafür erforderlichen planerischen Prozesse einbezogen werden können.

**Die öffentlichen Stadträume** wie Grünanlagen, Plätze, Höfe und Passagen sind Verbindungsräume. Sie aufzuwerten und zu vernetzen, schafft ein spannungsreiches Wechselspiel aus Erwartungen und Erlebnissen.

- Die Stadträume, vor allem der innerstädtische Raum, verlangen nach einem „Corporate Design“. Dafür sind die Bauten mit den sie umgebenden Plätzen, Höfen und Toren als Themen-Ensembles auszuweisen und zu benennen. Mit einer attraktiveren Gestaltung und auch mit interaktiver Kunst können diese Räume multifunktionaler als bisher genutzt werden.
- Der Marktplatz muss seine historische und kulturelle Ausstrahlung in vollem Umfang wiedererlangen.
- Der Festplatz mit seinen kulturellen Einrichtungen (Stadthalle, Konzerthaus, Schwarzwald- und Nancyhalle) muss attraktiver genutzt werden; der Zoologische Stadtgarten muss eine größere Bedeutung als bisher erhalten.
- Die Grünflächen haben wichtige Schutz-, Nutz- und Erholungsfunktionen und sind von gleicher Bedeutung wie die infrastrukturellen Leistungen z. B. für Mobilität, Arbeitsplätze und Bildungseinrichtungen. Daher müssen sie planerisch gesichert bleiben bzw. erweitert werden.
- Die Grünanlagen des Bundesgerichtshofes sollen der Öffentlichkeit zugänglich sein und die Amalienstraße wieder mit dem Nymphengarten verbinden, der zu einem neuartigen Garten – mit wechselnden künstlerischen Elementen in Bezug zum Naturkundemuseum – werden soll.
- Die naturräumliche Gestaltung des Karlsruher Rheinufer-Geländes soll zum „PAMINA-Rheinpark“ (siehe [Karlsruhe Masterplan 2015](#)) entwickelt und die Funktion als „Tor nach und aus Karlsruhe“ sichtbar gemacht werden.
- Im Durlacher Schlossgarten soll sich vergangene mit künftiger Gartenbaukunst begegnen. Dafür müssen die Planungen gemeinsam mit der Bürgerschaft entwickelt werden.
- Das parkartige Ambiente um das Gottesauer Schloss soll mit einem „Klangforum“ – ein Zusammenwirken von Musik und Gartenkunst – ergänzt werden und mit dem „Kreativpark Alter Schlachthof“ und dem Ostaupark zu einer neuartigen innerstädtischen Landschaft zusammenwachsen.

- Die Grünanlagen sollen auch durch „grüne Pavillons“ – begrünte Salons / Wintergärten – generationenübergreifende, facettenreiche Nutzungen ermöglichen. Spielanlagen und Fitnessparcours sollen die Angebote erweitern.
- Die ausgewiesenen Hundeauslaufflächen sind auch Erlebnisräume für Mensch und Tier. Deshalb sind sie so zu sichern, dass es zu keinen Konflikten mit dem Fahrradverkehr und Fußgängern kommt.

## Unser Städtebau und urbanes Lebensgefühl

Der Städtebau soll sich in einem flexiblen, ästhetisch anspruchsvollen Bauen widerspiegeln. Öffentliche Bauvorhaben, individuelles Bauen und in gemeinschaftlichen Baugruppen entstehende Ensembles sollen sich stärker daran messen. Der durch den klassizistischen Stil Weinbrenners, die Architekten des Jugendstils und des Bauhauses geprägte Städtebau Karlsruhes ist in diesem Sinne weiterzuentwickeln.

### Ziele der FDP sind:

- Mit einer „Internationalen Bauausstellung 2015“ soll an diese Traditionen angeknüpft werden; Visionen für experimentelles Bauen und eine neue Baukultur sollen erarbeitet werden.
- Ökologisches und energiesparendes Bauen sind Schlüsselemente, nicht nur um Klimaziele zu erreichen, sondern auch vor dem Hintergrund steigender Energiekosten; denn dadurch können die Bürger finanziell entlastet werden. Das von den Stadtwerken aufgelegte Initiativprogramm „energie2010“ soll über dieses Jahr hinaus verlängert und nach erfolgreicher Umsetzung ausgebaut werden.
- Der Altbaubestand ist ein wichtiger „Charakterzug“ der Stadt und deshalb umfassend zu erhalten; er muss aber anforderungsgerechter als bisher saniert werden. Auch sind die demografischen Entwicklungen stärker zu berücksichtigen, insbesondere durch Einbau von Aufzügen und barrierefreien Zugängen. Energetische Sanierungen, insbesondere Wärmedämmung, sollen stärker städtischerseits gefördert werden.
- Generationenübergreifende Wohnmodelle sollen intensiviert werden, um den geänderten Bedürfnisse der Stadtgesellschaft nach lebenslangen spezifischen Wohnformen im Quartier und in selbst gewählten Nachbarschaften gezielter nachkommen zu können.
- Um den Wünschen nach gemeinschaftlichem Bauen und in Baugruppen gerechter zu werden, sind in Bebauungsplänen „offene Baufenster“ stärker auszuweisen.

## Unsere Verkehrsplanung für Karlsruhe

Der Verkehr hat grundsätzlich eine dienende Funktion und dem Grundsatz zu folgen: „So wenig Verkehr wie möglich, so viel Verkehr wie nötig!“. Im Vordergrund stehen Sicherheit und Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer. Dafür ist ein Leitbild für die verkehrliche Entwicklung Karlsruhes zu erarbeiten.

### Ziele der FDP sind:

- Der motorisierte Individualverkehr und der öffentliche Personennahverkehr brauchen ein leistungsfähiges Verkehrsnetz.
- Die ampelgesteuerten Kreuzungsbereiche müssen mit intelligenteren, bedarfsgerechteren Schaltungen zügig nachgerüstet werden.
- Die Kombilösung („U-Strab“ und Umbau der Kriegsstraße) ist für die Qualität der Entwicklung der Innenstadt und des ÖPNV unentbehrlich.
- Der Rheinhafen ist als Drehscheibe für den Güter- und Warenverkehr weiterzuentwickeln und entsprechend in die Verkehrsplanung einzubinden.

- Um dem Ziel der **Fahrradhauptstadt** im Südwesten gerecht zu werden und den Radverkehr sicherer zu machen, ist ein konsequenterer Ausbau der Fahrradrouten und Fahrradabstellflächen vor öffentlichen Einrichtungen und in öffentlichen Räumen umzusetzen. Das Leihfahrrad-System ist weiter zu verbessern und die Öffentlichkeitsarbeit dafür zu intensivieren, damit dieses System besser genutzt wird.
- Parkplätze sowohl für Mitfahrer als auch Umsteiger zum ÖPNV sind nutzungsfreundlicher an den Stadteingängen auszubauen.
- Eine schienengebundene DB-Verbindung vom Hauptbahnhof zur Messe Karlsruhe ist für die Entlastung des Karlsruher Straßennetzes dringend erforderlich.
- Um die Wettbewerbsfähigkeit des Baden-Airports zu sichern, ist eine Stadtbahnanbindung an den Karlsruher Verkehrsverbund unentbehrlich; die Planungen dafür sind zu beschleunigen.
- Falls eine zweite Rheinüberquerung für den Individualverkehr ([siehe Karlsruhe Masterplan 2015, Verkehr und Mobilität](#)) nördlich der bestehenden Rheinbrücke derart realisiert wird, dass sie das Karlsruher Stadtgebiet erreicht, soll die Ableitung des Verkehrs durch einen Anschluss an die B 36 erfolgen.
- Die dringende Verkehrsentslastung des Stadtteils Hagsfeld muss zügiger realisiert werden; die Nordtangente Ost ist bis zur Haid-und-Neu-Straße weiterzuführen; Schutzmaßnahmen für die Waldstadt sind vorzusehen.
- Das Karlsruher ÖPNV-Netz soll durch barrierefreie Gestaltung der Haltestellen zügig weiter verbessert werden.
- Das gleichberechtigte Nebeneinander aller Verkehrsteilnehmer in öffentlichen Räumen – Shared Space – ist modellhaft mit den Bürgerinnen und Bürgern zu entwickeln (z. B. in der Südweststadt).
- Insbesondere für die Gäste der Stadt ist eine Wegweisung vom Hauptbahnhof zur Innenstadt hilfreich und soll gemeinsam mit der DB, dem KVV und dem Stadtmarketing erstellt werden.

## Umwelt

Libérale Umweltpolitik in Karlsruhe dient der Erhaltung der Lebensgrundlagen und der Lebensqualität der Menschen; sie befördert den notwendigen Ausgleich zwischen zwei gleichwertigen Zielen: erstens dem Erhalt natürlicher Lebensräume für Flora und Fauna auch unter den Bedingungen einer Großstadt, zweitens der Gestaltung eines Umfeldes für die Bewohner der Stadt, das Wohlbefinden und Wohlstand ermöglicht. Deshalb ist in der Umweltpolitik für Liberale weder Platz für vermeidbare Eingriffe in die Natur noch für Zukunftsverweigerung und Technikfeindlichkeit.

Als Partei der Vernunft und des Augenmaßes strebt die FDP stets einen Interessenausgleich zwischen Ökonomie und Ökologie an. Karlsruhe als Standort zahlreicher forschungs- und innovationsintensiver Einrichtungen und Unternehmen muss beispielhaft dafür sein, dass dieser Ausgleich in der Praxis gelingt.

Libérale Umweltpolitik setzt auf Innovationen, die Arbeitsplätze erhalten und Ressourcen schonen. Innovative Umwelttechnik ist in vielen Fällen ein Fortschrittmotor und sichert Wettbewerbsvorteile für unsere Stadt und Region. Die Förderung kleiner Firmen mit kreativen und innovativen Ideen ist daher effektive Wirtschaftsförderung.

### Ziele der FDP sind:

- Die Entwicklung der Stadt hat sich auf den bereits bebauten Bereich zu konzentrieren. Die weitere Inanspruchnahme naturnaher Flächen für Wohn-, Gewerbe- und Verkehrsflächen ist zwar nicht tabu, aber ultima ratio. Sie kommt nur in Frage, wenn keine Umnutzung bebauten Geländes, kein Schließen von Baulücken oder keine Intensivierung der Bebauung (Mehrgeschossigkeit, auch in Gewerbegebieten!) möglich ist. Die bestehenden Frischluftschneisen müssen unbedingt erhalten bleiben.
- Landschaftstypische Gebiete sind zu erhalten (Rheinaue) bzw. wiederherzustellen (Streuobstwiesen, Vernetzung von Naturräumen). Die FDP sagt ja zur Schaffung eines Naturparks Rheinaue bis zum Stadtgeburtstag 2015, aber nur als Erholungsraum, nicht als Rummelplatz. Die FDP sagt weiterhin ja zum Erhalt des Hardtwaldes als Naherholungsgebiet ohne zerschneidende Nordumfahrung.
- Eine kluge Energiepolitik der Stadt kann einen entscheidenden Beitrag zur Entlastung der Umwelt leisten. Das bedeutet die Senkung des Verbrauchs nicht erneuerbarer Energieträger auf allen Gebieten. Im Wohnbereich ist dies u. a. durch entsprechende Gestaltung der Bebauungspläne (Niedrigenergiehäuser, Nutzung der Sonnenenergie), die Förderung der Wärmedämmung von Altbauten und den Einbau intelligenter Steuerungs- und Zählgeräte zur Nutzung von Elektrospeicheröfen als Puffer für unregelmäßig anfallende erneuerbare Energien (z. B. von Windgeneratoren) zu erreichen. Im Verkehrsbereich tragen u. a. eine intelligente Verkehrssteuerung, die Förderung des Radverkehrs und des ÖPNV sowie die Anschaffung energiesparender Fahrzeuge im städtischen Fuhrpark zur Entlastung bei.
- Lärm- und Luftbelastung sind zwar der „Preis“ für das Leben in einer Stadt; es müssen jedoch alle Anstrengungen unternommen werden, diese Belastung so gering wie möglich zu halten. Das bedeutet ein kombiniertes Maßnahmenpaket aus weitgehender Herausnahme von Lkw-Verkehr aus der Stadt durch intelligente Zuliefersysteme, Schaffung von Wohngebieten ohne Verkehrsbelastung. Ergänzende Maßnahmen dazu sind: Förderung des Radverkehrs und eines dichten 24-Stunden-ÖPNV-Systems, die Verwendung lärm- und emissionsarmer Straßenbeläge sowie Verwendung lärm- und emissionsarmer Fahrzeuge bei der Stadt und den Verkehrsbetrieben in Erfüllung der Vorbildfunktion.
- Der ständig steigende Verkehr auf den Bundesautobahnen A5 und A8 hat dazu geführt, dass die bisher im Stadtgebiet getroffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Lärmemissionen nicht mehr ausreichend sind. Bei häufig auftretenden Wetterlagen ist der Lärm nahezu unerträglich. Die FDP setzt sich dafür ein, dass die Stadt den Bund mit Nachdruck auffordert, alle Möglichkeiten zur Lärminderung, z. B. durch Bereitstellung von Mitteln aus dem neuen Investitionsprogramm, auszuschöpfen.

## Kultur

Im Wettbewerb der Regionen sind Vielfalt und Qualität des kulturellen Angebots von unbestreitbarem Vorteil. Die Nutzung kultureller Möglichkeiten befördert Ausbau und Ansiedlung von Institutionen und Unternehmen mit hochwertigen Arbeitsplätzen, wodurch die Wirtschaftskraft von Stadt und Region weiter gestärkt wird. Nicht zuletzt ist der Kultursektor selbst Bestandteil einer prosperierenden lokalen Wirtschaft.

Die bereits existierende regionale Kulturpolitik ebnet den Weg zu einem eigenständigen unverwechselbaren Kulturprofil als Markenzeichen der **KulturRegion Karlsruhe**. Dabei ist die Stadt Karlsruhe als Oberzentrum der Region führend. Kennzeichnend dafür ist die Wechselwirkung zwischen Kunst und Computer, manifestiert im Zentrum für Kunst und Medientechnologie (ZKM) und seiner überregionalen Bedeutung. Karlsruhe als deutsche Residenz des Rechts ist auch der Rechtskultur verpflichtet; hierfür steht das Rechtshistorische Museum beim Bundesgerichtshof.

**Kulturelle Aktivitäten** in Karlsruhe werden von staatlicher, städtischer und privater Seite gestaltet und finanziell unterstützt. Schwerpunkte sind dabei Theater, Museen, Bibliotheken und Archive. Dies erfordert ein Bekenntnis der Stadt zu einer ausgewogenen und koordinierten Förderpolitik, da Kultureinrichtungen nur selten aus den Beiträgen der Besucher und Nutzer vollständig finanziert werden können. Die städtischen Finanzmittel sind mit jenen von Land, Bund und Europäischer Union zu koordinieren. Ferner muss das Klima für die Entfaltung privater Stiftungen gepflegt werden, und Mäzene sind in die öffentlich geförderten Aktivitäten einzubinden. Hierbei kommt dem Kriterienkatalog für die finanzielle Förderung der Kultur eine wichtige Funktion zu, damit nicht zuletzt auf private Initiativen rasch reagiert werden kann.

Am kulturellen Leben muss die gesamte Bevölkerung beteiligt sein. Dabei ist ein besonderes Augenmerk auf die Jugend sowie auf bildungsferne Gruppen zu richten. Der Begriff Kultur darf daher nicht eng gefasst werden, um modernen Entwicklungen und Trends Rechnung zu tragen. Die hierfür erforderliche Kulturarbeit trägt dazu bei, Qualifizierungsdefizite abzubauen und kann damit die Gefahr von Arbeitslosigkeit verringern. Angebot und Nachfrage kultureller Güter sollten möglichst gut aufeinander abgestimmt sein. Eine vorrangige Bedeutung kommt dabei der Errichtung des Kreativparks Ostau als neuem Kulturzentrum auf dem Gelände des ehemaligen Schlachthofs zu. Hier muss sich auch die unangepasste „Avantgarde“ entfalten können.

Wichtig sind auch Würdigung und Förderung der Kultur von Migranten. Der Austausch zwischen den Kulturen dient dem besseren gegenseitigen Verständnis und einem friedvollen Zusammenleben unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen. Damit wird das regionale Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen gestärkt.

Die Teilhabe aller Einwohner an der kulturellen Gestaltung und an kulturellen Ereignissen im öffentlichen Raum von Karlsruhe muss weiter gefördert werden. Hierzu eignen sich insbesondere Plätze und Straßen. Durch Zusammenarbeit von Gewerbetreibenden und Künstlern wäre so beispielhaft eine "Kaiserstraßengalerie" denkbar: Studenten der Kunstakademie stellen ihre Werke zur Verfügung, und die Besitzer von Geschäften können durch ein Bild ihre Auslagen in den Schaufenstern bereichern. Mit der aktiven Auswahl der Firmenbesitzer wird der Kunstmarkt belebt. Den jungen Künstlern wird ein Forum geschaffen, in dem sie sich bewähren und ihre Stipendien aufbessern können. Weitere geeignete Orte für Präsentationen sind der Bahnhofsvorplatz und die künftigen Haltestellen der geplanten unterirdischen Stadtbahn.

Die Kernstadt von 1715 ist umgeben von 700 bis 1200 Jahre alten ehemals eigenständigen Gemeinden, die inzwischen als Stadtteile zu Karlsruhe gehören. Die Traditionen und kulturellen Kostbarkeiten dieser Stadtteile müssen verstärkt ins Bewusstsein aller Karlsruher gerückt und weiter erhalten werden. So kann das Gemeinschaftsgefühl aller Bürger wachsen und Karlsruhe als große Stadt erlebt werden.

Wähler und Gewählte sind Träger der **politischen Kultur** in einer rechtsstaatlichen Demokratie. Unübersehbar ist jedoch die zunehmende Entfremdung beider durch Parteieninteressen, Personenkult, bürgerferne Entscheidungen, Kompetenzstreitigkeiten zwischen Kommune, Land, Bund und der besonders fernen Europäischen Union. Demokratie wird aber durch geübte Kommunikation praktiziert.

Ziele der FDP sind:

- Die kommunalen, regionalen und überregionalen Kultureinrichtungen – insbesondere Theater, Museen, Bibliotheken, Archive und kulturelle Bildungsstätten – sollen erhalten und ausgebaut werden.
- Projekte, die der Verzahnung von Kultur mit Wissenschaft und Wirtschaft dienen, sollen initiiert und gefördert werden.
- Das regionale Kulturprofil soll durch die Kulturkonferenz der **TechnologieRegion** erarbeitet und ständig aktualisiert werden.
- Das Stadtmarketing soll für die KulturRegion Karlsruhe werben; dabei ist der grenzüberschreitende europäische Bezug darzustellen.
- Die Höhe der öffentlichen Ausgaben für kulturelle Zwecke pro Einwohner in Karlsruhe ist aufrechtzuerhalten; eine angemessene Steigerung mit wachsender Wirtschaftskraft und höherem Steueraufkommen ist vorzusehen.
- Zur Ergänzung der finanziellen Förderung soll eine Bürgerstiftung initiiert werden. Mit festgesetzten Einlagen von privaten Stiftern – auch aus der Wirtschaft - und für jeden gestifteten Euro als Anschubfinanzierung bis zu einer gewissen Grenze mit einer städtischen Einlage könnte ein finanzieller Grundstock angelegt werden, um mit den Erträgen das geistige, kulturelle und soziale Leben in unserer Stadt zu stärken.
- Der Kriterienkatalog für die qualitative Kulturförderung muss überprüft, ergänzt und fortgeschrieben werden.
- Jungen, subventionsfreien Einrichtungen (z. B. Clubkultur) dürfen keine bürokratischen Steine in den Weg gelegt werden.
- Die finanziellen Zuschüsse sollten auch für eine effizientere Nutzung der kulturellen Angebote eingesetzt werden.
- Bei breiten Bevölkerungsschichten soll die „Lust an der Kultur“ geweckt werden. Auswertungen von Erfahrungen mit Events wie „Karlsruher Museumsnacht“ und „Tag des offenen Denkmals“ können helfen, dieses Ziel zu erreichen.
- Die kulturelle Gestaltung öffentlicher Räume durch junge Künstler ist zu fördern, um damit eine Vernetzung von Kunst und Wirtschaft zu befördern. Entsprechende Projekte sollen durch städtische Hilfsmaßnahmen begleitet werden.
- Kulturelle Aktivitäten in den Stadtteilen wie Ausstellungen, Performances, Musik- und Theaterabende, Teilnahme an überörtlichen Wettbewerben, Erstellung von Chroniken und historischen Berichten, Heimattage und traditionelle Dorffeste müssen gefördert werden. Finanzielle Zuschüsse für solche Aktivitäten sind vorrangig an die örtlichen Vereine als deren Träger zu gewähren.
- Um den Bürgern von Karlsruhe mehr Beteiligung am kommunalen Geschehen zu ermöglichen, soll eine so genannte "Karlsruher Agora" als öffentliches Forum zentral auf dem Marktplatz eingerichtet werden. Monatlich einmal an einem festen Datum und zu einer festgelegten Stunde soll jeder Bürger Gelegenheit haben, Vertreter der Politik und der verwaltenden Organe von Gemeinde, Land oder Bund anzusprechen und zu befragen. Damit kann das Verständnis für die demokratische Gesellschaft und ihre Strukturen wachsen.
- Die geplante neue Rheinbrücke soll als Teilstück der „Straße der Demokratie“ mit Bezug zur historischen demokratischen Tradition des deutschen Südwestens den Namen „Brücke der Demokratie“ erhalten.

## Sport

Die FDP bekennt sich ausdrücklich sowohl zum Spitzen- als auch zum Breitensport.

Der Spitzensport ist Image- und Werbeträger unserer Stadt. Investitionen in den Spitzensport sind daher stets Investitionen in den Standort Karlsruhe. Die Stadt darf sich im Rahmen des Vertretbaren dieser finanziellen Aufgabe nicht entziehen. Beim Neubau des KSC-Stadions hat sich die Stadt für diejenige Variante zu entscheiden, die den städtischen Haushalt am geringsten belastet.

Größter und wirksamster Werbeträger ist nach wie vor der Fußball. Über ihn werden die meisten Menschen erreicht. Karlsruhe verfügt aber auch über weiteren Spitzensport, der für das Image der Stadt in der Breite wirbt. Deshalb spricht sich die FDP auch für die Unterstützung anderer Sportarten aus, die den Namen Karlsruhe national und international bekannt machen.

Der Breitensport bezieht alle interessierten Bürgerinnen und Bürger aktiv ein; er hat eine zentrale Bedeutung für die Gesundheit der Bevölkerung. Mehr Sportangebote im öffentlichen Raum können ihm zu noch größerer Wirkung als bisher verhelfen.

Beim Breitensport hat sich das „Karlsruher Modell“, das auch die Vorhaltung von Sportanlagen durch Vereine statt allein durch die Stadt vorsieht, bewährt. Dieses Modell gilt es zu erhalten, fortzuentwickeln und nachhaltig zu fördern.

Der Vereinssport hat auch eine soziale Funktion innerhalb der Stadt. Insbesondere die Jugendarbeit in den Vereinen ist auch unter dem Gesichtspunkt der Integration ausländischer Jugendlicher aktiv zu fördern. Eine weitere wichtige Aufgabe des Sports ist die Integration behinderter Menschen durch die Förderung entsprechender Angebote nicht nur speziell im Behindertensport, sondern auch im Bereich gemischter Projekte, an denen sowohl behinderte Menschen als auch solche ohne körperliche oder geistige Beeinträchtigung teilnehmen.

Bei der Förderung des Breitensports steht die Stadt auch finanziell in der Verantwortung. Dabei darf jedoch eine Verteilung von Geldern nicht nach dem Gießkannenprinzip erfolgen. Das Prinzip der staatlichen Subsidiarität gilt auch beim Breiten- und Vereinssport.

### Ziele der FDP sind:

- Die Vereine sollen Leistungen stets nur bei nachgewiesenem Bedarf oder für besondere Projekte erhalten.
- Bei der Gewährung von Fördergeldern ist stets auf die Möglichkeit des beantragenden Vereins zur teilweisen Eigenfinanzierung zu achten.
- Vereine müssen verstärkt Synergie-Effekte, etwa die gemeinsame Nutzung bestehender Einrichtungen bei mangelhafter Auslastung, nutzen. Die Stadt soll auf solche Möglichkeiten hinweisen und die effektive Nutzung bestehender Anlagen vor der Schaffung neuer Anlagen fördern. Gewachsene bewährte Strukturen der jeweiligen Vereinskultur sollten dabei nicht außer Acht gelassen werden.
- Der Gemeinderat hat deshalb einen Kriterienkatalog zu erarbeiten, nach dem die Förderung von Sporteinrichtungen und Vereinen vorgenommen werden soll. Insbesondere sollen Vereine auf Basis von betriebswirtschaftlichen Auswertungen ihre Bedürftigkeit und Förderungswürdigkeit belegen. Dies soll mit möglichst wenig Bürokratie Transparenz bei der Vergabe von Mitteln schaffen und macht die Förderentscheidungen der Stadt für Einrichtungen und Bürger nachvollziehbar.
- Die hohen Verbrauchskosten (Energie: Gas, Öl, Strom, aber auch Wasser und Abwasser, Müll) stellen die Vereine vor existenzielle Probleme. Die Stadt soll über ihre Tochter-Unternehmen KVVH (Stadtwerke) den Vereinen Großkunden-Konditionen einräumen lassen.
- Am Förderprogramm zur Renovierung von erhaltenswertem Baubestand (Sportanlagen, Sporthallen, Sozialräume usw.) soll festgehalten werden. Die Förderung muss primär der Energie-Einsparung dienen.

- Der Karlsruher Verkehrsverbund soll mit einer Sportkarte für den ÖPNV werben und so die Mobilität von Kindern und Jugendlichen zu den Sportstätten fördern. Sportstätten müssen in Wohnortnähe möglich oder mit dem ÖPNV erreichbar sein.
- Das Projekt „Kinder in Bewegung“ soll von der Stadt unterstützt werden.
- Die Gewinnung, Aus- und Fortbildung qualifizierter Übungsleiter ist ein Weg, Kinder und Jugendliche sinnvoll zu beschäftigen; er soll nachdrücklich verfolgt werden.

## Liberales Gesellschaft

Liberales Gesellschaftspolitik stärkt die Freiheit und Eigenverantwortung des Einzelnen. Jeder soll die Chance haben, seine Neigungen und Begabungen zu entwickeln. Hierbei ist die Vielfalt persönlicher Entscheidungen mit ihrer Unterschiedlichkeit nicht nur geduldet, sondern gewollt.

Die **Gleichstellung der Geschlechter** ist Markenzeichen und Programm der Liberalen für eine Bürgergesellschaft in Karlsruhe.

Auf Antrag der FDP-Fraktion wurde von der Stadtverwaltung im Oktober 2006 ein Konzept für eine geschlechtergerechte Umsetzungsstrategie / Gender Mainstreaming und die Integration der männlichen **und** weiblichen Perspektive in das kommunale Handeln beschlossen.

Diese Geschlechterperspektive meint Frauen und Männer, Mädchen und Jungen, junge und alte Menschen in ihrer Vielfalt hinsichtlich des Geschlechts, der sexuellen Orientierung, der Herkunft, des Glaubens und der Mobilität.

Bereits im Planungsstadium von Maßnahmen sind die unterschiedlichen Bedürfnisse zu beachten und die finanziellen Auswirkungen im Haushaltsplan der Stadt auszuweisen, z. B. wie sich welche Entscheidungen bei den Ausgaben und Einnahmen auf die Gleichstellung der Geschlechter auswirken werden. Dieses so genannte „Gender Budgeting“ ist vom Gemeinderat ebenfalls beschlossen worden. Anfänge sind gemacht, eine zügigere Umsetzung ist notwendig.

Für die FDP hat selbstbestimmtes Leben stets Vorrang vor staatlicher Regelung. Die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen sind selbst im Stande, ihre spezifischen Bedürfnisse einzuschätzen und zu befriedigen. Es ist daher Aufgabe der Stadt, Eigeninitiative zu unterstützen und den Bürgerinnen und Bürgern, die eigenverantwortlich handeln, größtmögliche Gestaltungsräume zu schaffen. Diejenigen, die aufgrund ihrer Lebensumstände Hilfe brauchen, sollen jedoch die Unterstützung und Solidarität der Allgemeinheit erfahren.

Zu einer liberalen Gesellschaft gehört umfassende Teilhabe; möglichst vollständige **Barrierefreiheit** ist hierfür Voraussetzung. Der **Behindertenbeirat** ist, wo immer dies erforderlich ist, einzubinden.

Insbesondere der demographische Wandel stellt unsere Gesellschaft vor neue Aufgaben. Auch Karlsruhe ist dabei als Stadt gefordert: Zum einen muss sich die Kommune den Bedürfnissen des steigenden Anteils älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger anpassen, zum anderen soll sie für jüngere Mitbürger und Familien an Attraktivität gewinnen, denn Kinder und junge Menschen sind unsere Zukunft!

### Perspektive für Familien (Förderung der Kinder)

In unserer heutigen Gesellschaft kommen verschiedene Modelle vor. In Familien gibt es Allein- und Doppelverdiener, verheiratete und unverheiratete Paare sowie Alleinerziehende. Immer sind es Menschen, die Verantwortung übernehmen und bei der Erziehung und Betreuung von Kindern grundsätzlich gleichwertig nebeneinander stehen.

Kommunale Familienpolitik muss im liberalen Sinne Kinder in all diesen Verantwortungsgemeinschaften schützen, bilden und besser fördern. Dazu müssen unterschiedliche Angebote bereitgestellt werden, die auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleisten.

Ziele der FDP sind:

- Der Ausbau von Krippen-, Kindergärten-, Kindertagesstätten- und Hortplätzen auf einem qualifizierten Niveau muss weiter vorangetrieben werden.
- Neue Formen der Kinderbetreuung, wie z. B. Sportkindergärten, müssen gefördert werden.
- Eine intensive Sprachförderung von Kindern, schon im Vorschulalter, ist sicherzustellen. Alle Kinder müssen „schulreif“ (hinsichtlich Sprache und sozialem Verhalten) in die Grundschule kommen, um gleiche Startbedingungen zu haben.

- Es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, damit die überwiegende Anzahl der Hauptschulabgänger einschließlich der Migrantenkinder künftig ausbildungsfähig wird.
- Wegen der steigenden Übergangsquoten für Realschulen und Gymnasien besuchen inzwischen nur noch 20 % eines Jahrgangs die Hauptschulen. Daher gibt es dringenden Handlungsbedarf für die Zusammenlegung von Hauptschulen oder gemeinsame Schulgebäude für Haupt- und Realschulen.
- Wo immer dies möglich ist, sollten Haupt- und Realschulen zu durchgängigen, mehrgliedrigen Schulen zusammengelegt werden. Damit würden viele Ressourcen sowohl im Raumbedarf (Zuständigkeit Kommune) als auch im Lehrbereich (Zuständigkeit Land) freigesetzt werden. Außerdem würde die individuelle Förderung der Kinder und Jugendlichen erleichtert.
- Ganztagschulen für alle Schularten müssen eingerichtet werden, wobei eine liberale Gesellschaft aber den Eltern die Freiheit lassen muss zu entscheiden, ob sie ihre Kinder in eine Ganztageseinrichtung geben oder sie in Eigenverantwortung selbst betreuen möchten. Den Kindern in Ganztageseinrichtungen soll ein kostenfreies kindgerechtes gemeinsames Essen angeboten werden.
- Pluralität der Schulsysteme und Förderung der Vielfalt müssen angeboten werden, z. B. durch unterschiedliche Schulprofile wie Schulen mit naturwissenschaftlicher, sprachlicher, musischer oder sportlicher Orientierung.
- Die Schulbezirke müssen aufgehoben werden, damit jedes einzelne Kind eine Schule entsprechend seinen Neigungen besuchen kann.
- Familienfreundliche Arbeitsbedingungen sollen in erheblich mehr Arbeitsbereichen als bisher geschaffen werden.
- Teilzeitarbeitsplätze oder flexiblere Arbeitszeiten müssen auch in gehobenen Positionen angeboten werden.

## Jugend

Kinder und Jugendliche brauchen Perspektiven. Auf der Suche nach ihrem Platz in unserer Gesellschaft brauchen sie die Unterstützung der Gemeinschaft. Die Stadt Karlsruhe kann dazu beitragen, der Jugend eine sinnvolle und bereichernde Lebens- und Freizeitgestaltung zu ermöglichen. Deshalb sollen Jugendliche überall dort, wo sie betroffen sind, in kommunalpolitische Prozesse einbezogen werden.

### Ziele der FDP sind:

- Einrichtungen wie Jugendhäuser und -treffpunkte sollen stärker als bisher gefördert werden.
- Jugendliche sollen in Form von angeleiteter Projektarbeit integriert werden, beispielsweise um ihre Freizeiteinrichtungen selbst mitzugestalten.
- Jugendsprechstunden und -hearings sollen weiter durchgeführt werden.
- Zeitgemäße Jugendangebote können auch von Vereinen angeboten werden. Entsprechende Aktivitäten sollen ausdrücklich durch die Stadt unterstützt werden.
- Generationenübergreifende Zusammenarbeit wie die Betreuung älterer Bürgerinnen und Bürger durch Jugendliche oder auch umgekehrt soll gefördert und ausgebaut werden.
- Ein Präventionskonzept hinsichtlich Jugendkriminalität soll in Zusammenarbeit mit Schulen und Polizeistellen erstellt werden.

## Aktives Alter

Der Anteil älterer Mitbürger nimmt insbesondere in den Städten ständig zu. Auf diese veränderte demographische Situation muss sich auch die Kommunalpolitik in Karlsruhe einstellen.

Ältere Menschen entwickeln verstärkt eigene Ideen und vermitteln so ein neues Bild vom Alter, das nicht mehr länger als Zeit der Verluste und zunehmender Risiken, der gesellschaftlichen Abwertung und sozialer Ausgrenzung empfunden wird. Alte Menschen wollen und sollen die gewonnenen Jahre bewusst und selbstbestimmt gestalten, dem Leben neue Facetten abgewinnen und eigene Potenziale entdecken, auf Jüngere zugehen, Verantwortung übernehmen und Partner der Politik sein.

Aktives und selbstbestimmtes Leben auch im Alter entspricht dem liberalen Menschenbild. Die FDP begrüßt daher alle Initiativen zur Lebensgestaltung, die von unseren älteren Mitbürgern ausgehen.

Die individuelle Selbstbestimmung und Selbständigkeit eines jeden Einzelnen soll so lange wie möglich erhalten bleiben. Hierzu sind eine geeignete Infrastruktur und Rahmenbedingungen erforderlich, die es älteren Mitbürgern ermöglichen, die Dinge des täglichen Bedarfes selbständig und den eigenen Bedürfnissen und Möglichkeiten entsprechend zu erledigen.

Die Sicherstellung der pflegerischen Versorgung älterer Mitbürger ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Auch unsere pflegebedürftigen Mitbürger haben das Recht, in Würde zu altern. Daher muss sich sowohl die ambulante als auch die stationäre Versorgung an den Bedürfnissen der Pflegebedürftigen orientieren. Pflege und Betreuung kann nicht im Minutenakt erfolgen. Deshalb muss neben der bereits bestehenden qualifizierten Aus- und Weiterbildung der Pflegekräfte auch die Möglichkeit geschaffen werden, die notwendige Zeit aufzuwenden.

#### Ziele der FDP sind:

- Der Stadtseniorenrat soll als Seniorenvertretung in Karlsruhe anerkannt und angemessen finanziell gefördert werden. Er ist in Entscheidungsprozesse, von denen die ältere Generation betroffen ist, einzubeziehen, z. B. durch Anhörungen in städtischen Gremien.
- Der Umbau der offenen Seniorenarbeit hin zur Förderung der Aktivität, der Eigenvorsorge und zur aktiven Einbeziehung der älteren Menschen in das ehrenamtliche Engagement muss vorangetrieben werden.
- Die gewachsene Infrastruktur in den Stadtteilen muss erhalten bleiben, damit ältere Menschen möglichst lange in ihrem gewohnten Umfeld leben können. Dazu zählt die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs, notfalls auch mit Zuliefersystem. Hier steht ein weites Betätigungsfeld für das von der Stadt koordinierte „bürgerschaftliche Engagement“ offen.
- Es müssen seniorengerechte Wohnumfelder geschaffen werden, um die Eigenständigkeit und Selbstbestimmung älterer Mitbürger zu unterstützen. Dies kann z. B. durch ein Netz von ambulanten Pflegediensten, barrierefreien Zugang zu öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie wohnortnahe Grünzüge mit Basis-Sportangebot geschehen.
- Es müssen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass vorhandener Wohnraum an die Bedürfnisse von Senioren angepasst werden kann; hierzu gehört auch die Unterstützung alternativer Wohninitiativen. Dadurch kann das alltagsbezogene Miteinander der Generationen im gegenseitigen Respekt und in gegenseitiger Unterstützung bewusst gefördert werden.
- Die wachsende Zahl älterer Menschen muss auch bei der Stadt- und Verkehrsplanung berücksichtigt werden.
- Das Angebot an geeigneten ambulanten Betreuungs- und Pflegediensten ist auszubauen.
- Die Alten- und Pflegeheime müssen ausreichend mit qualifiziertem Personal, das sich regelmäßig weiterbildet, ausgestattet werden. Die stationäre und ambulante Versorgung muss sich an den Bedürfnissen der Pflegebedürftigen orientieren. Dazu gehören auch moderne bauliche Standards mit 1-Bett-Zimmern und eine Atmosphäre der Zuwendung.
- Die kommunale Heimaufsicht ist personell angemessen auszustatten. Sie soll jährlich dem Gemeinderat über Stand und Qualität der stationären Pflege in Karlsruhe Bericht erstatten.
- Das Engagement ehrenamtlicher Kräfte in den Heimbeiräten muss anerkannt und gefördert werden. Das Recht der Heimbeiräte ist durch eine jährliche Pflichtanhörung durch die Heimaufsicht zu stärken; dazu sollen die sachkundigen Gemeinderäte des Sozialausschusses Zugangsrecht haben.

## **Menschen mit Migrationshintergrund**

Ausländische Mitbürger sind von kommunalpolitischen Prozessen und Entscheidungen ebenso betroffen wie jeder andere Einwohner. Gerade die Kommunalpolitik bietet unseren ausländischen Mitbürgern die Möglichkeit, sich selbst einzubringen und aktiv auf das Leben in der Kommune einzuwirken.

Ausländische Mitbürger tragen als Arbeitnehmer und Selbständige mit ihren Familien zu Vielfalt und Qualität unserer Stadt bei. Sie sind auch als gesuchte Spezialisten in den Karlsruher Wissenschaftseinrichtungen sowie in der Wirtschaft, Bildung und Kultur tätig.

Die Möglichkeiten für EU-Ausländer, sich bereits jetzt mit vollen Rechten an kommunalen Wahlen und Gremien zu beteiligen, ist ein wichtiger Schritt hin zur völligen Integration.

Für die FDP steht neben der politischen Integration der ausländischen Mitbürger und dem Erhalt ihrer kulturellen Identität vor allem auch die soziale und gesellschaftliche Eingliederung im Vordergrund. Diese bezieht sich auf alle Ausländer, gleich ob sie nur zeitweilig in Karlsruhe leben oder Migranten sind.

Ziele der FDP sind:

- Die Urwahl zum Ausländerbeirat muss erhalten bleiben. Seine Voten sind stets anzuhören, und seine Aufgaben sollen verstärkt werden, denn dieses Gremium hat eine Querschnittsfunktion. Dazu sind mehr Transparenz und Eingang in die allgemeine Ausschussarbeit des Gemeinderates erforderlich.
- Die Arbeit des internationalen Begegnungszentrums muss gefördert werden.
- Die gezielte Sprachförderung ausländischer Kinder, Jugendlicher und Erwachsener muss flächendeckend betrieben werden.
- Die Integration durch Sport, realisiert in Schulen, Vereinen und Begegnungszentren, muss verstärkt betrieben werden.
- Entsprechend geschulte zwei- oder mehrsprachige Mitbürger sind einzubinden, um die Öffnung auch der Elterngeneration in ausländischen Familien für die deutsche Sprache zu fördern.

## **Hilfsbedürftige (Beratungsstellen und Selbsthilfegruppen)**

Zu den Grundsätzen liberaler Politik gehört die Förderung von Eigen- und Mitverantwortung jedes einzelnen Bürgers. Die FDP unterstützt daher ausdrücklich Privatinitiativen. Beratungs- und Selbsthilfegruppen sind als Hilfe zur Selbsthilfe wichtig. Allerdings muss bei der Förderung von Einrichtungen für Transparenz und Nachvollziehbarkeit sowohl für die Beteiligten als auch für die Bürger gesorgt werden. Dies gilt sowohl für den Grund der Förderung als auch für die konkrete Vergabe von Mitteln. Beratungsstellen sollen räumlich „unter einem Dach“ zusammengefasst werden, um einen Synergie-Effekt zu erzielen und eine Rundumbetreuung zu gewährleisten.

Ziele der FDP sind:

- Das Heroin-Projekt soll fortgeführt werden; Präventivmaßnahmen sollen bereits in der Schule beginnen.
- Die Stadt muss die Frauenhäuser weiter unterstützen.
- Ehe- und Schuldnerberatungsstellen sollen Hilfe anbieten.
- Suchtberatung und Hilfe in jeglicher Form soll angeboten werden.